

Inhalt

Vorwort	9
I. Kurzfassung des MEMORANDUM	11
II. Langfassung des MEMORANDUM	59
<i>1 Die Energiewende als europäisches Fortschrittsprojekt</i>	61
1.1 Vorbemerkung	62
1.2 Ein neuer Politikstil ist notwendig: langfristig und systemisch orientiert	64
1.3 Politik in Zeiten des Klimawandels	65
1.4 Ziele, Sachstand, Perspektiven und europäische Einbettung der deutschen Energiewende	66
1.5 Bestandsaufnahme der europäischen Energie- und Klimapolitik	84
1.6 Transformationsstrategien für eine europäische Energiewende	101
1.7 Deutsch-französische Allianz als Treiber einer europäischen Energiewende?	110
1.8 Europäischer Ausblick	113
1.9 Transatlantischer Ausblick	115
<i>2 Gegen die Klimakatastrophe: CO₂-Bepreisung als Instrument der Energiewende</i>	121
2.1 Einordnung der CO ₂ -Bepreisung in das Klimaschutzinstrumentarium	121
2.2 Von der Externalisierungs- zur Internalisierungs- gesellschaft	123
2.3 EU-Emissionsrechtehandel durch Reformen schärfen	127
2.4 Die CO ₂ -Steuer als Element einer ökologischen Steuerreform	132

3	<i>Die Wohnungsfrage 2019</i>	137
3.1	Vorbemerkung	138
3.2	Freiheit durch Eigentum? Privateigentum und Wohnungsmarkt	140
3.3	Bewirtschaftung und Verwertung von Wohnimmobilien	148
3.4	Steuervorteile für Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer	169
3.5	Die Konjunktur und die deutsche Bauwirtschaft	174
3.6	Gestaltung braucht wirksame, demokratisch kontrollierte Instrumente	178
4	<i>Europäische Union: Nie war sie so wichtig wie heute</i>	189
4.1	Vorbemerkung	189
4.2	Europa destabilisiert sich selbst	191
4.3	Dauerhaft positive Leistungsbilanz ist kein Vorteil	195
4.4	Der Fiskalpakt destabilisiert die EU und die Eurozone	200
4.5	Blockierte Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion	202
4.6	Der Niedergang der Finanztransaktionssteuer	205
4.7	Europa-Forderungen der <i>Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik</i>	208
5	<i>Erwerbstätigkeit steigt, soziale Spaltung bleibt</i>	213
5.1	Vorbemerkung	213
5.2	Arbeitsmarktsegmentation verhindert den Ausgleich am Arbeitsmarkt	215
5.3	Regionale Diskrepanzen bleiben groß	216
5.4	Fachliche Segmentation verschärft sich	218
5.5	Arbeitssuchende mit geringerer „Verwertbarkeit“	220
5.6	Die Entgelte sind gestiegen, aber der Niedriglohnssektor ist kaum geschrumpft	221
5.7	Anteil atypischer Arbeitsverhältnisse unverändert hoch	222
5.8	Zur Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt	224

5.9	Sicherungslücken des Sozialsystems	226
5.10	Ein neues Risiko: der soziale Abstieg	227
5.11	Anforderungen an eine zukunftsfeste Arbeitsmarktpolitik	229
5.12	Zusätzliche Arbeitsplätze durch Ausbau der Infrastruktur, der öffentlichen Daseinsvorsorge und der öffentlichen Verwaltung	230
5.13	Arbeitszeitverkürzung und Kampf gegen Leistungsdruck koppeln	231
5.14	Abbau segmentierter Arbeitsmärkte	233
5.15	Ein neues Normalarbeitsverhältnis, das Sicherheit mit Wahloptionen paart	234
5.16	Soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit	236
5.17	Exkurs zu Migration und Einwanderung	237
6	<i>Arbeitszeitverkürzung bleibt wichtig</i>	243
6.1	Vorbemerkung	243
6.2	Arbeitszeit radikal verkürzen	247
6.3	Voller Lohn- und Personalausgleich	251
6.4	Geringe Produktivitätsrate und Massenarbeitslosigkeit zwingen zu Umverteilung	251
7	<i>Mindestlohn und Tarifverträge</i>	259
7.1	Vorbemerkung	259
7.2	Wirkungen des gesetzlichen Mindestlohns	263
7.3	Branchenmindestlöhne	265
7.4	Einkommenswirkungen	266
7.5	Kontrolle und Umsetzung	267
7.6	Makroökonomische Erwägungen	268
7.7	Auswirkungen eines Mindestlohns von zwölf Euro auf einzelne Branchen	270
7.8	Übergreifende Schlussfolgerungen	271
8	<i>Pflegepolitik im kurzatmigen Reparaturmodus</i>	275
8.1	Vorbemerkung	276

8.2	Problemverwaltung statt Problemlösung: eine Bilanz	279
8.3	Die Pflegepolitik der neuen Koalition bleibt der Grundlogik der etablierten Systeme verhaftet	286
8.4	Krankenhauspflege: Der Blick zurück auf die 1970er Jahre lohnt	291
9	<i>Berufliche (Aus-)Bildung: Modernisieren, lebenslanges Lernen ermöglichen, höhere Löhne!</i>	301
9.1	Leistungsfähigkeit der beruflichen Ausbildung in Deutschland im internationalen Vergleich	302
9.2	Schwachstellen im internationalen Vergleich	303
9.3	Das Übergangssystem als Krisenindikator	305
9.4	Die Rückläufigkeit des Ausbildungsmarktes, regionale und fachberufliche Variationen	307
9.5	Zur Lebenssituation fachberuflich Ausgebildeter	309
9.6	Fazit und Forderungen	312
	Tabellenanhang	317

Vorwort

Das MEMORANDUM 2019, das Ende April der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, gliedert sich wie in den vergangenen Jahren in zwei Teile:

- I. Die Kurzfassung wurde bis Ende März von über 800 Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern durch ihre Unterschrift unterstützt.
- II. Die Langfassung enthält ausführliche Erläuterungen und Begründungen für die Kurzfassung. An der Vorbereitung und Ausarbeitung war ein großer Kreis von Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aktiv beteiligt. Auf zwei Wochenendtagungen der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* wurden die Grundpositionen erarbeitet und diskutiert und von einer Endredaktion Mitte Februar in die vorliegende Fassung gebracht.

* * *

Mehr Informationen über die *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* sind im Internet zu finden (www.alternative-wirtschaftspolitik.de). Dort finden sich eine Liste aller Publikationen der Gruppe, Einladungen zu Tagungen, aktuelle Veröffentlichungen einzelner Mitglieder der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* sowie Termine und Einladungen.

Kontaktanschrift:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e.V.

Postfach 33 04 47

28334 Bremen

E-Mail: memorandum@t-online.de

Internet: www.alternative-wirtschaftspolitik.de